Verdienste um die Republik

Der Polizeimajor Alfred Stifter war ein Held, und auf seiner Heldenbrust glitzerte demzufolge auch der entsprechende Orden: das goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik. Für welche Republik sich der Herr Major Verdienste erwarb, darüber ließe sich freilich streiten. Er war nämlich jener Einsatzleiter, der anno 1972 am Flugplatz Salzburg die Anti-Nixon-Demonstranten niederknüppeln ließ. Und der Republikaner Nixon wiederum führte damals seinen schmutzigen Krieg ja bekanntlich nicht für die Republik Österreich, sondern im Namen einer — heute nicht mehr vorhandenen — „Republik Südvietnam".

Na ja, wie dem auch sei, auf jeden Fall ermöglichte Stifters uniformierte Schlägertruppe dem Staatsmann Nixon eine glatte Landung in Salzburg und hernach ein freundschaftliches Gespräch mit Kanzler Kreisky. Ein Gipfelplauscherl von Staatsmann zu Staatsmann sozusagen.

Hätte sich Nixon übrigens damals darauf beschränkt, mit guten Freunden zu parlieren anstatt im Watergate-Hotel einbrechen zu lassen, dann wäre er in seinen Kreisen auch heute noch ein Held. Und genau so ein Held in seinen Kreisen wäre unser Polizeimajor, wenn er sich mit dem Verprügeln österreichischer Staatsbürger begnügt hätte. Aber der vom kleinen ÖVP-Sympathisanten zum SPÖ-Fan und damit zu einer blendenden Karriere gelangte Gesetzeshüter vergaß leider, das Gesetz vor sich selber zu hüten, weshalb unlängst vor einem Welser Schöffensenat fast zwei Wochen lang allerhand Schmutzwäsche gewaschen wurde.

Major Stifter habe, so erfuhr man, polizeiliche Radarfotos heimgebracht, auf denen die Geschwindigkeitsüberschreitungen von Autofahrern dokumentiert sind, und die Lenker dann angerufen: „Ich hab' ein liebes Foto von Ihnen . . ." Seinem eigenen Untergebenen, dem Polizeirayonsinspektor Wagner, der ebenfalls zu schnell gefahren war, schenkte er das betreffende Foto. Gegenleistung: der kleine Inspektor half dem großen Boß beim Hausbau. Wagner zwiespältig über seinen Freund und Meister: „Auf der einen Seite war Stifter mein Vorgesetzter, anderseits legte er mich hinein."

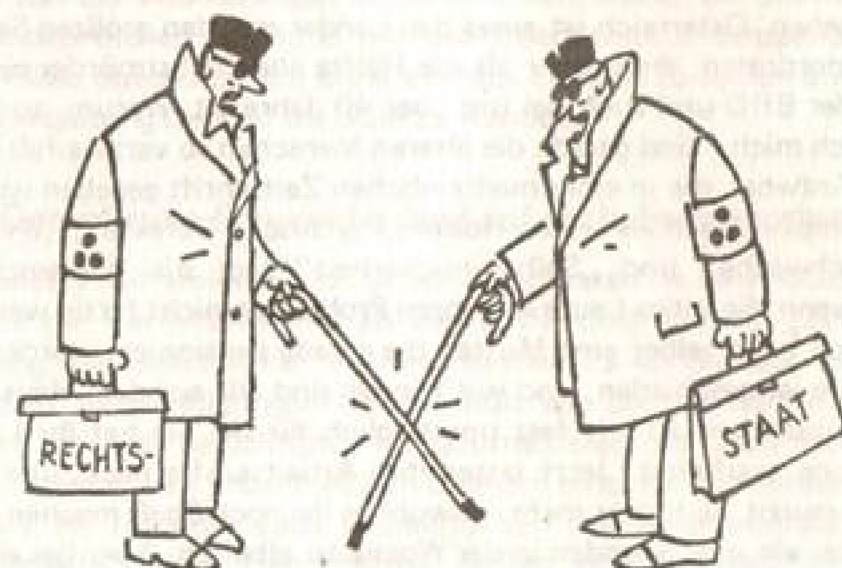
Hineingelegt wurde Wagner sogar ins Ehebett der Frau Stifter. Er weiß auch, warum: „Er wollt' mir seine Frau verkuppeln, um sie loszuwerden." Anschließend an diesen Akt kollegialer Hilfe soll der Herr Major seine Frau mit gezogener Dienstpistole dazu gezwungen haben, den Ehebruch schriftlich zu gestehen. Die Ehe wurde geschieden.

Laut Aktennotiz war der nunmehr Angeklagte allerdings schlau genug, seiner so schnöde mißbrauchten Exgattin einen größeren Geldbetrag in Aussicht zu stellen, falls sie vor Gericht den Mund hielte. Edith Stifter enthielt sich dann tatsächlich der Aussage. Ebenso der Sohn. Von letzterem hatte man die Aussage erwartet, daß ihn einst sein Vater zum Abtransport gestohlener Klinkerziegel gezwungen habe. Der Senat, somit seiner wichtigsten Zeugen beraubt, konnte sich also „kein einwandfreies Bild" mehr machen. Ein Jammer, sowas. Und infolgedessen bleibt es vermutlich ein ewiges Mysterium, wohin jene rotbraunvioletten Klinkerziegel und die Krampen und die Schaufeln aus dem Rohbau des Stifterschen Nachbarhauses verschwunden sind. Genauso wenig werden sich die aus der Polizeikaserne entwendeten Türstöcke finden lassen, die Stifter angeblich in sein eigenes Haus eingebaut hat. Womit den rätselhaften, ungelösten Kriminalfällen der letzten Jahre einige weitere hinzugefügt wurden.

Major Stifter wurde von der Anklage der Nötigung und des Diebstahls im Zweifelsfalle freigesprochen, lediglich wegen Amtsmißbrauchs erhielt er eine bedingte, also symbolische Strafe. Er wird uns demnach als Polizist erhalten bleiben; als ein Mann, der auch weiterhin für Recht und Ordnung sorgen und sich Verdienste um die Republik erwerben wird.

*

Apropos Verdienste. FP-Chef Friedrich Peter, der einst fürs Großdeutsche Reich marschierte und zwei Jahre lang Mitglied einer mit Massenmord befaßten SS-Brigade war, wurde vom Bundespräsidenten mit dem höchsten österreichischen Orden ausgezeichnet. Er erhielt das goldene Ehrenkreuz mit Stern für Verdienste um die Republik Österreich. ●



„Für die Volksmacht." Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl; alle 1200 Wien, Universumstraße 40/2. P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien.

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) ★ Einzelpreis S 3,— Jahresabonnement (17 Nummern) S 50,—

Nummer 138, Februar 1978

Die Eisenerzer Bevölkerung erlebt seit zehn Jahren die Sicherung der Arbeitsplätze

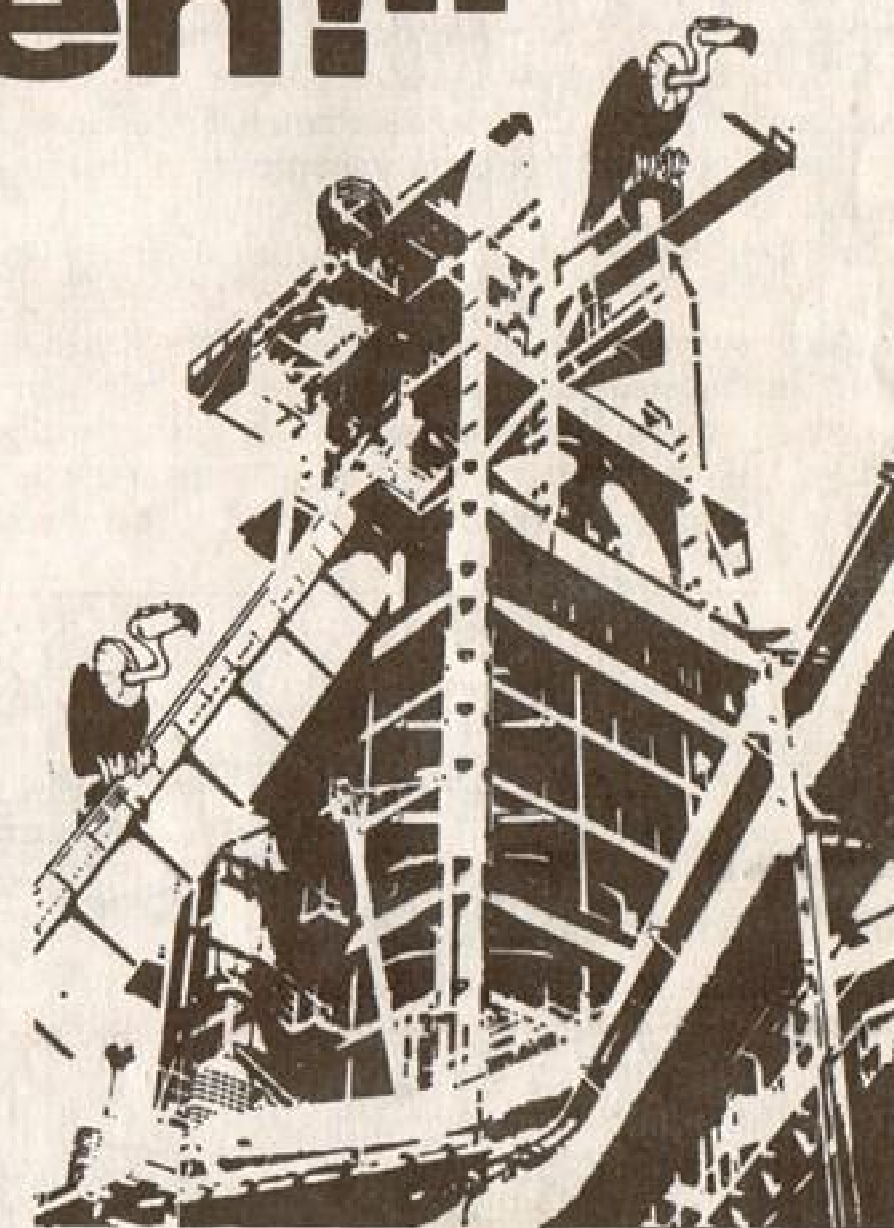
„Gürtel enger schnallen!"

Eisenerz ist ein kleiner Ort in der Obersteiermark. Es liegt in einem Talkessel und ist nur über zwei Gebirgspässe (Gesäuse und Präbichl) zu erreichen. Dieser Ort mit ungefähr 11.000 Einwohnern lebt fast zur Gänze vom Erzberg, wo die Vöest-Alpine eine Erzhütte betreibt.

Vor etwa zehn Jahren wurde das Gerücht laut, daß „der Berg" gesperrt werden müsse, weil er nicht rentabel sei. Das Erz aus Afrika wäre billiger und hochwertiger, wurde gesagt. Die Firmenleitung begann zu dieser Zeit die ersten Rationalisierungen durchzuführen. Automatische Anlagen ersetzten die Sortier- und Klaubarbeit (taubes Gestein wurde aussortiert), die von den Eisenerzer Frauen durchgeführt wurde.

In kürzester Zeit war die Frauenarbeit abgeschafft. Fast alle Frauen, die „am Berg" gearbeitet hatten — Verdienst etwa die Hälfte eines Grubenarbeiters, Hauers —, kehrten in den Haushalt zurück. Waren vorher etwa zwei Drittel der Eisenerzer Frauen berufstätig, so gibt es heute bis auf wenige Ausnahmen (Verkäuferinnen, Aufräumerinnen, einige Sekretärinnen, Serviererinnen, Krankenschwestern und etlichen Lehrerinnen) keine Frauenarbeit mehr in Eisenerz.

Damals glaubten die Leute, daß „der Berg" dadurch wieder rentabel sei. Die Maßnahmen der Firmenleitung stießen nicht auf viel Widerstand, da die Menschen ohnedies ein „schlechtes Gewissen" hatten, und zwar darüber, daß ihre Kinder durch die Berufstätigkeit der Frauen vernachlässigt werden. Sie nahmen dafür eine einschneidende Senkung des Lebensstandards in Kauf. Die Männer glaubten außerdem dem Slogan der Gewerkschaftsführung: „Sicherung der Vollbeschäftigung" und hofften, den Lohnausfall durch Überstunden und Sonntagsschichten abschwächen zu können.



Seither ist in der Stadt folgendes passiert: Die meisten Wohnungen, Eigentum der Vöest-Alpine, wurden früher vom Betrieb saniert und instandgehalten. In den letzten fünf Jahren wurden aber nicht nur die Mieten empfindlich erhöht, seit dieser Zeit müssen auch die Kosten für die Wohnungsinstandhaltung von den Mietern getragen werden. (Was nicht für die Firmenleitung gilt, ihren Mitgliedern gegenüber wurden diese Sozialleistungen selbstverständlich beibehalten.)

➡

Der Anspruch auf jährliche Freikohle wurde reduziert und soll schrittweise ganz abgebaut werden. Bisher wurden die Betriebswohnungen vom Stromnetz der Vöest-Alpine versorgt. Durch den geplanten Anschluß an die steirische Elektrizitätsgesellschaft STEWEAG werden die Kosten enorm steigen. All diese Sozialleistungen waren aber in Wirklichkeit ein Teil des Lohnes, deshalb ist ja das Lohnniveau selbst in Eisenerz generell sehr niedrig. So verdient zum Beispiel ein Facharbeiter (Schweißer oder Schlosser), der acht Jahre im Betrieb beschäftigt ist, inklusive Zulagen etwa 6.500 Schilling netto im Monat.

Abbau der Frauenarbeit und der Sozialleistungen sind nicht die einzigen Maßnahmen geblieben, von denen die Arbeiter empfindlich getroffen wurden. Die Rationalisierung erfaßte auch andere Bereiche: Ältere Arbeiter wurden zwangspensioniert, außerdem wurde eine indirekte Aufnahmesperre eingeführt. Konnte bisher fast jeder Schulabgänger mit Aufnahme in die Werkschule rechnen, war dies jetzt nur mehr durch eine Aufnahmsprüfung möglich. Nach Belieben der Firmenleitung wurden die Bedingungen verschärft. Längere Zeit fielen auch diese Maßnahmen nicht auf, weil die Leute nach Donawitz pendeln konnten. Die jüngeren Arbeiter gingen in die Bundesländer oder nach Deutschland; ein Teil der Arbeiter kam beim Bau der Präbichl-Straße unter. Die Schulabgänger, die keine Lehrstelle bekamen, gingen in das zu dieser Zeit errichtete Gymnasium oder in die Handelsschule.

Seit drei Jahren ist aber die Arbeitslosigkeit ein großes Problem für die arbeitenden Menschen in Eisenerz geworden, da es nun auf Grund der allgemeinen Wirtschaftslage keine Ausweichmöglichkeit mehr gibt. Die Präbichl-Straße wurde vor drei Jahren fertiggestellt. Die Vöest-Alpine hat in dem Moment die definitive Aufnahmesperre durchgeführt, in dem die Lehrabgänger keine andere Arbeit mehr in den Bundesländern und in Deutschland finden konnten. Auch die Abgänger der Handelsschule und die Maturanten finden im Umkreis keine Arbeit mehr. Zu der steigenden Zahl an Arbeitslosen stoßen die Lehrabgänger der gemeindeeigenen Elektrizitätswerke, die bekannterweise nur mit Lehrlingen arbeiten, die nach Lehrabschluß sofort entlassen werden. (Das ist günstig für die Statistik, da Lehrabgänger nicht als Arbeitslose gewertet werden.)

In dieser Situation ist es für die Firmenleitung sehr leicht, Verschärfungen der Arbeitssituation durchzuführen. Auf jeden Fehler eines Arbeiters folgt die Entlassung. Durch die Drohung „Arbeitsplatzverlust" arbeiten die Leute bis zur Erschöpfung.

Und in dieser ausweglosen Situation stieg der Alkoholismus in der Stadt rapid an, damit auch die Familienzwistigkeiten und die Jugendkriminalität (Wirtshausschlägereien, Vandalismus). Zunehmend mehr Leute verzweifeln und wählen den Selbstmord!

Nach all dem, was die Leute schon auf sich genommen haben, wird ihnen heute die „Umschulung" (Lohnverlust 7 Prozent) und Kurzarbeit als Ausweg aus der Krise angepriesen. Jeder, der versucht, sich dagegen zu wehren, wird erbarmungslos hinausgeworfen. Der Firmenleitung und der Gewerkschaft ist jedes Mittel recht, um die Arbeiter einzuschüchtern und zu spalten.

Die Lehre vom „Gürtel enger schnallen" befolgen die Leute in Eisenerz nun schon seit einem Jahrzehnt. Bevor sie vor lauter „enger schnallen" zu ersticken drohen, müssen sie die Lehren aus den letzten zehn Jahren ziehen: Was hat ihnen die Unterordnung unter die sogenannten Bedürfnisse der Wirtschaft, was hat ihnen ihr Vertrauen in die SP-Regierung und die Gewerkschaft gebracht? Und soll das alles so weitergehen? ●



Unternehmer ÖGB

Die Gewerkschaftsbonzen und ihre Bank florieren, während die Angestellten ihren Gürtel enger schnallen müssen: Der ÖGB wird 1978 den Gürtel enger schnallen müssen, kündigte dessen Finanzreferent an. Gemeint sind damit die 1.600 Angestellten des ÖGB, die 6,5 Prozent Lohnerhöhung für 13 Monate bekommen, was netto nicht einmal die Teuerung deckt. Vergangenes Jahr nahm der ÖGB, größtenteils aus Mitgliedsbeiträgen, 1,1 Milliarden Schilling ein. Dies ist scheinbar nicht genug, denn ab 1. 1. 1978 wurden die Gewerkschaftsbeiträge wieder erhöht. Streikunterstützung wird aber nicht bezahlt — bei den letzten selbständigen Streiks bei Hukla in Wien und Engel in Schwertberg bekamen die Arbeiter keinen Groschen. Dafür baut die Gewerkschaft für die Herren Funktionäre in Ossiach um 100 Millionen ein großes Feriendorf. Bedenkt man noch, daß die gewerkschaftseigene BAWAG die größte Privatbank Österreichs ist, dann wird klar, daß jede „Solidarität" mit Benya und seinesgleichen der absolut notwendigen Klassensolidarität zuwiderläuft. Lassen wir uns von diesen Bonzen nicht irreführen. Sie haben mit ihren Einkommensmillionen wahrhaftig andere Interessen als wir mit unseren Einkommensschillingen. ●

Wirklich Sandler, Versager, Faulenzer?

Sandeln, Dummheit, Faulheit werden heute noch von vielen Menschen dafür verantwortlich gemacht, wenn junge Leute scheitern. Mein Bruder ist so ein „Gescheiterter". In Eisenerz geboren, beendete er im Jahre 1973 die Pflichtschule. Das fiel gerade in die Zeit der Aufnahmesperre bei der Vöest-Alpine. Also nahm er eine Lehrstelle bei einem der drei Fleischhauer in Eisenerz an. Es war nicht das, was er sich vorgestellt hatte, denn er wollte Schlosser werden. Dennoch stand er die Lehre brav durch. In der Filiale, in der er arbeitete, war er der einzige Lehrling und wurde beliebig für alle Arbeiten (inklusive Hausbau für den Meister) eingesetzt.

Drei Monate nach Lehrabschluß (gesetzliche Behaltepflicht) saß er auf der Straße. Der Lehrherr nahm allerdings wieder einen Lehrling auf. Mein Bruder ging zwar zum Arbeitsamt, eine Stelle in seinem Beruf war jedoch nicht zu kriegen. Er galt nicht einmal als arbeitslos. Die Lehre gilt ja nur als „Ausbildung" — wenngleich der Lehrherr dabei ganz ordentlich gescheffelt hat — und man muß danach sechs Monate gearbeitet haben, damit man Anspruch auf Arbeitslose hat. Offensichtlich glauben unsere Volksvertreter, daß man als Lehrling ohnehin nur auf der faulen Haut liegt, sonst müßte dieses Gesetz ja schon längst fallen. Mein Bruder konnte auch keine andere Arbeit, nicht einmal als Hilfsarbeiter finden. Nach dem Bundesheer war er zwar als Gelegenheitsarbeiter zum Beispiel bei gefährlicher Holzarbeit (um 16 Schilling pro Stunde) sehr geschätzt, eine Anstellung wurde ihm jedoch mit Hinweis auf die Krise verweigert.

Durch die ihm in dieser Zeit aufgezwungenen unmenschlichen Arbeitsbedingungen holte er sich eine chronische Nierenbeckenentzündung. Auf längere ärztliche Behandlung wird er verzichten müssen, weil er als Zwanzigjähriger ohne Sozialversicherung und ohne Arbeit dasteht. Die Eltern können ihn leider nicht unterstützen, da sie nur eine kleine Rente beziehen. Der Vater wurde nämlich wegen einer Staublunge frühpensioniert (Frühpensionierungen waren eine der Rationalisierungsmaßnahmen bei Vöest-Alpine). Die Geschwister müssen auf Grund der schlechten Situation selbst um ihre Existenz und die ihrer Familien kämpfen.

Haben Sandlerei, Dummheit und Faulheit dazu geführt, daß mein Bruder nicht mehr weiter weiß? ●

Die Bonzen sind bürokratische Kapitalisten

Ein Manager eines russischen Großbetriebes vedient heute — offiziell, denn tatsächlich sind es weitaus mehr — um die 500 Rubel (zu je 26 Schilling) monatlich, während der Facharbeiter durchschnittlich bei 155 Rubel liegt. Ein Dienstwagen mit Chauffeur steht ihm selbstverständlich ebenso zur Verfügung, wie er meist eine Datscha im Grünen besitzt. Bevorzugte Erholungsheime auf Gewerkschaftsbasis stehen für Manager immer zur Verfügung. In Spezialmanagerkursen lernt er vor allem das kaufmännische Denken und das Bemühen um Erhöhung des Kapitalertrags, wobei hier Methoden entwickelt werden, von denen unsere Manager noch etwas lernen können. Verkauft wird das alles als „sozialistisches Leistungsprinzip" und „sozialistische Wirtschaft". ●



Konkurrenzkampf der Supermächte

„Der Iran würde nicht gleichgültig zusehen, wenn Äthiopien die international anerkannten Grenzen von Somalia verletzen würde", sagte der Schah von Persien. Der Schah hat diese Einmischungspolitik auch mit Präsident Carter abgesprochen.

Die Supermächte Rußland und Amerika haben stets Konflikte unter den Ländern der Dritten Welt geschürt und schüren diese auch heute. Ihr Ziel ist es, einen gemeinsamen Kampf dieser Staaten und Völker gegen Imperialismus zu verhindern und diese statt dessen in „Stellvertreterkriege" für ihren Konkurrenzkampf um die Weltherrschaft einzuspannen. Dies ist wichtig zu erkennen, gerade jetzt, wo die chinesischen Revisionisten sich bemühen, die Analyse der internationalen Lage durch Mao Tsetung mit der „Dreiteilung der Welt" den amerikanischen Supermachtinteressen dienstbar zu machen. ●

Deng will die gesamte Macht

Die eigentliche Mannschaft des Vizepremierministers Deng Hsiao-ping ist laut Agenturberichten in China in die Offensive übergegangen. So wurde der in der Kulturrevolution von den Massen abgesetzte Hu Yao-bang zum Leiter der Organisationsabteilung des ZK der KP Chinas ernannt. Auch andere Bonzen, die in der Kulturrevolution ihrer Posten enthoben wurden, werden nun „rehabilitiert" und obendrein noch als „Kämpfer gegen die Viererbande" gelobt. Im Zuge der Wiederherstellung des Kapitalismus kommt es zwischen den verschiedenen revisionistischen Cliquen — vor allem zwischen Deng Hsiao-ping und Hua Guo-feng — zu einem Ringen um Machtpositionen in Armee, Staat und Partei. Was die um Macht und Einfluß konkurrierenden revisionistischen Machthaber noch eint, ist die Angst vor den Volksmassen, gegen die sie gemeinsam mit Hinrichtungen, Verhaftungen und Repressalien vorgehen. ●

Urlaubsparadies

Das schmutzigste Meer der Welt ist nach einer Analyse der schwedischen Akademie der Wissenschaften das Mittelmeer. Auf einem Quadratkilometer Wasseroberfläche wurden bis zu 500 Liter Teer gemessen. Was Fremdenverkehrsmonopolisten und Reisebüros allerdings nicht hindert, Jahr für Jahr Urlauber ans Mittelmeer zu lotsen. Profit ist eben Profit. Um die Beseitigung des Drecks kümmern sich diese Herrschaften nicht. ●

Faschismus und Krieg drohen:

Wir können das Unheil verhindern – wenn wir nur wollen

„Der neue Faschismus steht vor der Tür!" – das ist eine schmerzliche, aber der Wirklichkeit entsprechende Warnung, die wir allen Werktätigen Österreichs vermitteln müssen.

•

Am 15. Dezember wurde in einer vom sozialistischen Unterrichtsminister Sinowatz genehmigten Schulfunksendung des ORF im Rahmen der Reihe „Berühmte Reden" die Reichstagrede des damaligen Führers der SPD, Otto Wels, wiedergegeben, die dieser im März 1933 bei der formellen Ermächtigung Adolf Hitlers zur Übernahme der gesamten Staatsmacht in Deutschland gehalten hat. Der ORF-Moderator, der – sozusagen aus pädagogisch-didaktischen Gründen – diese „berühmte" Rede eingeleitet und ausgiebig kommentiert hat, erwähnte mit keinem Wort, daß der Reichstagswahl vom 5. März 1933, welche die „parlamentarisch-demokratische" Majorität der Nazi-Partei mit sich gebracht hat, die ungeheuerliche Provokation des von den Nazi selbst inszenierten, aber den Kommunisten zugeschriebenen „Reichstagsbrandes" vorhergegangen war, die Tausende Antifaschisten (darunter nicht nur Kommunisten, sondern auch Sozialisten und bürgerliche Demokraten, wie sie gerade auf den vorbereiteten Proskriptionslisten der Faschisten vermerkt waren) zum grausamen Tod im Gestapokeller oder ins Konzentrationslager gebracht hat. Nein, davon dürfen die österreichischen Schüler im Jahre 1977 nichts erfahren. Im Gegenteil: Ihnen wird sogar eingeredet, daß der Reichstag, von dem mehr als ein Fünftel der Abgeordneten (nämlich die kommunistischen) willkürlich entfernt worden waren, eine „verfassungsmäßige" Institution gewesen sei.

Und nun weiter im Text ...

In dieser Sendung wurde – im entsprechenden kommentatorischen Rahmen – die Rede wiedergegeben, welche der Führer der nach Regierungsantritt Hitlers sterbenden SPD, Otto Wels, zur Frage des Ermächtigungsgesetzes für Hitler im Reichstag gehalten hat.

Diese Rede ist für jeden denkenden Menschen, auch für jenen, der die damalige Zeit nicht bewußt miterlebt hat, ein Schulbeispiel dafür, wie die Sozialdemokratie dem Faschismus den Weg bereitet hat.

1. bestritt Wels nicht, sondern, im Gegenteil, betonte mehrmals, daß seine Partei die Außenpolitik Hitlers voll und ganz unterstützte, nämlich die revanchistische Außenpolitik, einschließlich der Leugnung der Mitschuld des kaiserlichen Deutschland am 1. Weltkrieg, und für die außenpolitischen Forderungen zur Wiederherstellung des deutschen Imperialismus vorbehaltlos eintrat.

2. billigte Wels Hitler und seiner Partei zu, daß sie ehrlich „national" im Sinne ihres Parteiprogramms bzw. Parteinamens wären. Er bemängelte nur, daß das Wörtchen „sozialistisch" im Namen „NSDAP" in Hitlers Regierungsprogramm zu kurz käme, und bot seine Hilfe bzw. die Hilfe der SPD mit ihrem gewaltigen Einfluß auf die arbeitenden Massen Deutschlands an, um mit allen Mitteln sich für Hitler einzusetzen, wenn er irgendetwas „Soziales" (also: Reformistisches) in sein Regierungsprogramm aufnähme, was der SPD (bzw. deren bestallten Funktionären) eine gewisse Existenzberechtigung im Dritten Reich gewährleisten würde.

„Spät kommt ihr, doch ihr kommt", zitierte daraufhin der „Führer und Reichskanzler" einen deutschen Klassiker (der ORF hat natürlich diese Replik mitgeschnitten und den armen Schülern mitserviert) und verhöhnte damit die SPD-Führung, die sich „zu spät" an den Henker-Karren der Nazi-Faschisten anseilen wollte.

Damit hat der damalige SPD-Vorsitzende nicht nur das „nationale" Programm des Hitlerfaschismus gesegnet, obwohl gerade dieses Programm, wie vorauszusehen war und wie die folgenden geschichtlichen Ereignisse tatsächlich erwiesen haben, den Aggressionskrieg Hitlerdeutschlands vorbereitet und damit die größte nationale Katastrophe des deutschen Volkes heraufbeschworen hat, sondern auch seine eigene Partei an diese Politik geschmiedet! Und damit hat Wels dem Hitlerfaschismus nicht nur zugebilligt, daß dieser imstande wäre, irgendwelche „sozialistischen" Ziele ernstzunehmen und verwirklichen zu wollen, sondern Hitler auch die uneingeschränkte Unterstützung der SPD für die mit demagogischen Phrasen von „Volksgemeinschaft", „Gemeinnutz" usw. getarnte größte Ausbeutung, Unterdrückung und Demütigung der arbeitenden Menschen Deutschlands zugesagt, falls den sozialdemokratischen Führern auch nur die geringste Mitwirkung bei diesem gigantischen Betrug erlaubt würde.

3. betonte Wels mehrmals die „Verfassungsmäßigkeit" und „Gesetzmäßigkeit" des Zustandekommens der Hitlerregierung (und hernach der ihr vom „freigewählten" Parlament „durch Mehrheitsbeschluß" übertragenen unumschränkten Vollmachten sowie schließlich der völligen – auch formellen – diktatorischen Alleinherrschaft des faschistischen Klüngels um Hitler und der Allgewaltigen vom Industrie- und Finanzkapital, die hinter ihm standen.



Es ist wieder fünf vor zwölf: Führer, erwache?

Das ist überhaupt das Bemerkenswerte an der ganzen Sendung! Denn der Moderator hat sowohl zu Beginn als auch am Ende dieser Schulfunksendung nichts anderes getan als immer wieder zu betonen, daß Hitler auf völlig verfassungs- und gesetzmäßige Art und Weise an die Macht gekommen wäre und daß alle seine Maßnahmen sich auf die „rechtsstaatlichen Grundlagen" gestützt hätten! In Wirklichkeit bedeutete der Machtantritt Hitlers und seiner Bande die völlige Vernichtung der bürgerlichen Demokratie und ist nur durch ständige Verletzungen der Verfassung der Weimarer Republik und ihrer Gesetze zustandegekommen.

•

Es graust einem, wenn man erlebt, wie sich heute die gleiche Wegbereitung des Faschismus durch die Sozialdemokratie breitmacht wie vor 45, 50 Jahren und wie frech der ORF heute die Sozialdemokratie zur Propaganda der „Hitler-Nostalgie" einspannen kann. Er kann das wirklich! Denn die (machtpolitisch bedingten) Fakten sprechen ja dafür!

Es sei daran erinnert, daß kurz nach der Bildung der Alleinregierung der SPÖ auf dem Villacher Parteitag im April 1972 unter den zwei damals formulierten prinzipiellen Kardinalforderungen der SPÖ die eine lautete: das ÖVP-Monopol auf den ORF zu brechen (die andere war die nach Abschaffung des § 144, die schließlich durch den Kompromiß mit der „Fristenlösung", die weiterhin von der Reaktion wütend bekämpft wird, erfüllt wurde). In Wirklichkeit hat sich beim ORF gar nichts im Sinne der SP-Forderungen verändert, obwohl Kreisky und sein Team bereits mehr als acht Jahre lang regieren! Im Gegenteil! Die „AZ" hat selbst in gründlichen Analysen nachgewiesen, daß es noch niemals soviel Sendezeit für die kirchlichen Stellen und für religiöse Themen in Hörfunk und Fernsehen gegeben hat wie unter der Alleinregierung der SPÖ. Dabei hat die „AZ" es verabsäumt festzustellen, daß es eine Unzahl anderer Sendungen (musikalischer oder Sprechsendungen, Sendungen über „Familie" und andere gesellschaftliche Zeitprobleme, Sendungen über Philosophie und andere weltanschaulich relevante Themenkreise usw.) gegeben hat und in verstärktem Maße weiter gibt, die von der klerikalen schwarzen Reaktion beherrscht oder zumindest eindeutig beeinflußt sind.

•

Es wirft sich nun die Frage auf: Welche Gefahr droht uns heute? Es droht uns die gleiche Gefahr des Faschismus und des Krieges wie vor drei bis vier Jahrzehnten! Warum? Weil der Kapitalismus im Zeitalter des Imperialismus seine Widersprüche nicht anders zu lösen versuchen kann als im völkermordenden Krieg und weil zur Vorbereitung solcher imperialistischer Kriege der Faschismus, d. h. die Knebelung der öffentlichen Meinung im eigenen Land, die Fesselung des eigenen Volkes, seine Einspannung vor den Kriegswagen der herrschenden Klasse unerläßlich ist.

Die SPÖ-Führer stellen sich immer in Positur und sagen: Bitte, schaut her, wir waren da, wir sind da und wir bleiben da! Nun muß man aber doch feststellen, daß die II. Internationale der sozialdemokratischen opportunistischen Führer im Ersten Weltkrieg zusammengebrochen war, weil sie die Arbeiter der verschiedenen imperialistischen Länder gegeneinandergehetzt haben, obwohl die Arbeiterinternationale in ihren wiederholten Beschlüssen den drohenden imperialistischen Krieg (falls ein solcher, wie man es schon auf den Tagungen in Stuttgart und Kopenhagen für wahrscheinlich gehalten hatte, ausbrechen sollte) zur Beschleunigung des Sturzes des Kapitalismus zu benutzen sich vorgenommen hatte. Dann haben sie in den zwanziger Jahren in Mitteleuropa den Kapitalismus unter den schlimmsten Bedingungen einer Vergewaltigung durch die Siegermächte der „Entente" (die ihren Sieg 1919 in Versailles und anderen Vororten von Paris, wo den besiegten „Mittelmächten" – Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien – der sogenannte, gerade für zwei Jahrzehnte haltbare, „Frieden von Versailles" diktiert wurde, als „endgültig" gefeiert hatten) wiederbelebt, wiederaufgebaut, wieder zum Lohnsklaverei-System „aufgemöbelt". Und sie, eben diese opportunistischen Führer der II. Internationale, haben den bereits verendenden Kapitalismus nicht nur am Leben erhalten, sondern auch mit Gewalt (gegen die revolutionären Arbeiter) verteidigt. Diese sozialdemokratischen Führer bekannten sich dazu, die jungen kommunistischen Parteien, welche für die Verwirklichung der sozialistischen Ideale (die von Karl Marx und Friedrich Engels mit den Mitteln der objektiven Wissenschaft als real und naturnotwendig zu erreichende Ziele festgestellt worden waren) durch die proletarische Revolution konsequent eintraten, zu verfemen, zu verfolgen und, wo sie es konnten, physisch zu vernichten.

Dann aber kam das, was eben die Kommunisten vorhergesagt hatten: der Faschismus. Eben der Faschismus, dem die sozialdemokratischen Führer gerade durch ihren konsequenten Kampf fast ausschließlich gegen links, gegen die revolutionären Arbeiter, den Weg bereitet hatten. Was war die Folge? Die Folge war der Sieg des Faschismus in Mitteleuropa, speziell in Deutschland und Österreich.



Es war ein zeitweiliger Sieg. Aber dieser Sieg des reaktionärsten Monopolkapitals hat die Sozialdemokratie buchstäblich von der Bildfläche hinweggefegt. Sozialdemokratische Führer und Funktionäre, vor allem aber die Massen sozialdemokratischer Arbeiter, Vertrauensleute, einfacher Mitglieder der SPÖ und unverpflichtete Anhänger und Wähler dieser Partei, waren nunmehr schutzlos dem Wüten des faschistischen Terrors ausgesetzt. Hunderte, ja Tausende von ihnen ließen ihr Leben unter dem Fallbeil oder in den Konzentrationslagern des Hitler-Faschismus. Zehntausende, Hunderttausende, ja Millionen sozialdemokratischer Arbeiter in Deutschland und Österreich hatten keine Interessensvertretung mehr – und wäre diese auch noch so zahm und zaghaft. Fast eine halbe Million Österreicher kamen an den Fronten des von Hitler entfesselten faschistischen Raubkrieges, im zerbombten „Hinterland" und in den Konzentrationslagern ums Leben. Kurz: Der Hitlerfaschismus hat die Arbeiterklasse derart entwürdigt und derart ausgeblutet wie niemals zuvor eine reaktionäre Herrscherclique dies zu tun imstande war.

•

Ja, wie kommt es dann, daß die führenden Sozialdemokraten sagen: „Und wir sind wieder da!" Ja, es kommt nur da-

Treffpunkt der Marxisten-Leninisten ist das Lokal der VRA in
Wien 20, Universumstraße 40
jeden Dienstag und Freitag ab etwa 18.30 Uhr. Telefon 33 87 774. Besucher sind uns herzlich willkommen.

durch, daß eben die Kommunisten, eben die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, welche als das Vaterland der Werktätigen der ganzen Welt sich dafür gerüstet hatte, die Interessen der internationalen Arbeiterklasse gegen das internationale Kapital zu verteidigen und den Weg in die sozialistische Zukunft für die ganze Menschheit zu bahnen bzw. offenzuhalten, daß eben diese Sowjetunion unter der Führung der KPdSU mit Stalin an der Spitze den Faschismus niedergeschlagen hat. Darüber kann sich niemand irgendwann und irgendwo hinwegschwindeln, das ist geschichtliche Wahrheit. Und diese Wahrheit wird sich immer wieder durchsetzen und schließlich ein für allemal durchgesetzt haben. Und wer diese unumstößliche geschichtliche Wahrheit anzweifeln oder verleugnen will, der wird selbst nur den kürzeren ziehen.

Eben der Sieg der Sowjetunion und der Antihitlerkoalition über die faschistische Achse Berlin-Rom-Tokio, eben dieser Sieg hat hat die Sozialdemokraten aus den Kerkern und Konzentrationslagern befreit und ihnen wieder den Weg in das politische Spielfeld geebnet. Wenn Kreisky und sein Team, wenn die heutige sozialistische Internationale unter der Führung von Brandt, Kreisky und Palme usw. sich in die Brust werfen und den Monopolkapitalisten nicht nur ihre „Sozialpartnerschaft" und all ihre Betrügereien an der eigenen Arbeiterklasse, sondern auch ihre großartige „systemsichernde Rolle" in der Dritten Welt vor Augen halten, dann können sie das alles doch nur deswegen, weil eben die rote Arbeiter- und Bauernarmee der UdSSR sie 1945 aus dem faschistischen Hexenkessel erlöst und befreit hat.

•

Es ist keine Frage irgendwelcher „Dankabstattung" oder dergleichen konventioneller Gepflogenheiten. Es geht vielmehr darum, ob man aus der Vergangenheit gelernt hat, um für die Zukunft gewappnet zu sein, oder nicht. Nun, schauen wir uns das bei der SPÖ an. Nehmen wir drei typische Beispiele:

1. Als 1972 der US-Präsident Nixon über Salzburg nach Moskau flog, veranstalteten antifaschistische Jugendliche verschiedenster Parteirichtungen und ideologischer Bekenntnisse auf dem Salzburger Flughafen eine Demonstration gegen den US-Präsidenten, der gerade einen grausamen Kolonialkrieg gegen das vietnamesische Volk führte. Sie wollten eine Zwischenlandung des Flugzeugs Nixons auf österreichischem Boden durch ihre absolut friedliche Protestaktion verhindern. Wie sich später herausgestellt hat, war die amerikanische „Crew" geneigt, im Falle einer andauernden Behinderung der Landung nach München auszuweichen. Irgendetwas „Irreparables" (um in der Sprache Kreiskys zu reden) hat also gar nicht gedroht. Was gedroht hat, war lediglich, daß österreichische junge Menschen durch ihren Widerstand es verhindern hätten können, daß der Kriegsverbrecher Nixon auf seinem Flug zur Besprechung mit seinem artverwandten Kollegen Breschnew einen Zwischenaufenthalt auf österreichischem Boden eingeschaltet hätte, um sich noch mit dem berüchtigten „Diener zweier Herren" (in diesem Fall mit Dr. Bruno Kreisky) zu beraten.

Was geschah da, wovon sich Kreisky als Bundeskanzler, der an Ort und Stelle war, nicht abputzen kann? Die Protestierer auf dem Flugplatz wurden buchstäblich zusammengeknüppelt, auf das ordinärste, auf das brutalste. Als man Kreisky deswegen zur Rede stellte, sagte er sinngemäß: Auch ich war in Gestapohaft und habe ebenfalls Prügel bezogen; sollen sie auch solche Prügel kosten, wenn sie sich nicht den Anordnungen fügen. Damit werden doch Methoden als „legal" zugegeben, welche an die Methoden des Hitlerfaschismus erinnern. Zeigt sich in solchen Methoden und „Begründungen" nicht, daß sozialdemokratische Führer gegen revolutionäre Arbeiter faschistische Methoden anzuwenden bereit sind, soweit ihnen das möglich ist?

2. Als aber im Frühjahr 1977 bei den Hochschulwahlen eine erklärt nationalsozialistisch-faschistische Organisation „Aktion Neue Rechte" (ANR) nicht nur ihre Kandidatur angemeldet hat, sondern auch ihre Identität durch spezifisch faschistische Exzesse (wie anno dazumal, als die Nazi-Studenten in der Ersten Republik die Universität beherrschten und dank ihrer damaligen massiven Majorität sowie der ihnen behördlicherseits gewährten Rückendeckung sozialistische und jüdische Kommilitonen zusammenzuschlagen pflegten) kundgetan hat, war dem Appell an die Regierung, diese offenkundige neonazistische Betätigung gemäß den geltenden Gesetzen zu verbieten, folgende Reaktion beschieden: Kreisky sagte, man müsse solche rechtsradikalen Strömungen und Aktionen „mit demokratischen Mitteln wie Aufklärung und Überzeugung bekämpfen". Aber gerade das war es ja, was die SPD in der Weimarer Republik vor der Machtergreifung Hitlers getan hat. Sie hatte damals nur die Linke bekämpft, die Rechtsextremisten aber, die Faschisten, die Nazi jedoch mit Glacéhandschuhen angefaßt und praktisch gewähren lassen, ja sie zur Fortsetzung ihrer Untaten ermutigt. Genau das ist es, was jetzt Kreisky mit seiner Haltung gegenüber diversen neofaschistischen Tendenzen, Organisationen und Aktionen tut.

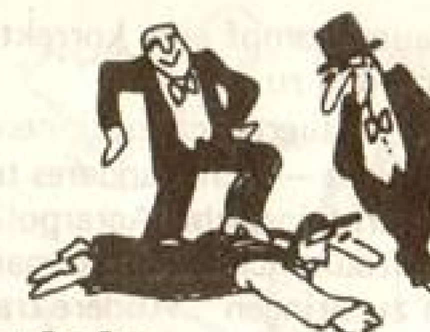
Zur Erklärung Kreiskys, man könne die rechtsradikalen Angriffe gegen die republikanisch-demokratische Ordnung des heutigen österreichischen Staatswesens nicht mit Gewalt bekämpfen, sondern müsse ihnen mit friedlichen, demokratischrechtsstaatlichen Mitteln der Überzeugung entgegentreten, kann man doch nur sagen: das ist doch genau dasselbe wie vor vier, fünf Jahrzehnten! Genauso war es doch in der Ersten Republik und in der Weimarer Republik Deutschlands! Auch damals hat man gegen links losgeschlagen, aber gegen rechts Milde walten lassen, Nachgeben geübt!

3. Nun kam aber der 26. Oktober 1977, der Nationalfeiertag. An diesem Tag fand eine Demonstration der Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke vor dem Bundeskanzleramt statt. Wie hat sich damals der Bundeskanzler verhalten? Mit den schärfsten Worten ist er den Delegierten der 6.000 Demonstranten entgegengetreten. Er hat die Demonstranten als „Sympathisanten der Baader-Meinhof-Bande" disqualifiziert und beschimpft. Er hat ein Verbot jeglicher derartiger (d. h. von seinem Standpunkt aus linksgerichteter) Demonstration auf dem Ballhausplatz angekündigt.

•

Nehmen wir das alles jetzt zusammen: Zeigt es sich denn nicht, daß unser Regierungschef Dr. Bruno Kreisky, Vorsitzender der Sozialistischen Partei Österreichs, genau das gleiche macht, was seinerzeit die Arbeiter in Deutschland und Österreich unter die Räder der faschistischen Mord- und Kriegsmaschinerie gebracht hat?

Man darf doch nicht eine Sekunde vergessen, daß der Faschismus nur dazu dient, die kapitalistischen Blutsauger auf Kosten der arbeitenden Menschen mit brutalster Gewalt und unverschämtester Verhetzung an der Hercschaft zu halten. Daß er letzten Endes den Boden für einen neuen verheerenden Krieg schafft. Man muß doch die geschichtlichen Erfahrungen studieren und aus ihnen lernen, wenn man überleben und vorwärtsschreiten will. •



Ausbeuter und Ausgebeutete

Bauern! Lernen wir in Zusammenhängen denken und stöbern wir die Widersprüche auf, die allen Dingen und Erscheinungen innewohnen!

Gesteigerte Arbeitsleistung bis hin an die Grenze der physischen und psychischen Belastbarkeit, Nachbarschaftshilfe, Maschinengemeinschaften, Vermarktungsringe, mächtige Bauernorganisationen, Kammerwahlen, gescheite und hochgebildete Menschen in den Führungsgremien der diversen bäuerlichen Einrichtungen und Verbände — all das ist vorhanden, und trotzdem geht es uns Bauern von Jahr zu Jahr wirtschaftlich schlechter. Ein Gefühl der Ohnmacht und Resignation breitet sich aus und lähmt den Willen der Bauernschaft, Widerstand zu leisten gegen die herrschende existenzbedrohende Entwicklung. Warum ist das so? Was sind die Ursachen dieses Zustandes, dieser Entwicklung? Was können wir dagegen tun?

Überschaubare Probleme und Schwierigkeiten

Es wird doch niemand ernsthaft leugnen, daß es eigentlich kein Problem und keine Schwierigkeiten in der bäuerlichen Familie, am Hof gibt, welche mit hellem Verstand und ehrlichem Willen nicht gelöst werden könnten. Das sind alle jene Schwierigkeiten und Probleme, die vom Bauern noch überschaubar sind, die er noch imstande ist zu begreifen, wo er noch in Zusammenhängen zu denken und die Widersprüche aufzustöbern vermag. Vorausgesetzt, die Probleme sprengen nicht den Rahmen seiner persönlichen und finanziellen Möglichkeiten. Aber auch wenn so ein Fall eintritt, sind alle Probleme noch zu lösen und auftretende Schwierigkeiten noch zu meistern, weil sie noch überschaubar sind und weil auch in einer Gruppe von Bauern oder innerhalb einer Dorfgemeinschaft noch herausgefunden werden kann, „wo der Schuh drückt" bzw. wie man am vernünftigsten ein Problem löst. Dafür gibt es eine Unzahl von Beispielen, welche von Nachbarschaftshilfe, Maschinengemeinschaften, Maschinen- und Vermarktungsringen bis hin zum Bau einer Wasserleitung oder eines Güterweges reichen.

Zusammenfassend kann man sagen: Der Bauer ist imstande, allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Bauern, alle Probleme im Zusammenhang mit seiner Produktion von Lebensmitteln und anderem zu lösen. Er ist nicht imstande, das Problem der Preise für die Betriebsmittel (Kunstdünger, Treibstoff, Futtermittel, Strom, Landmaschinen usw.) und der Preise für seine Erzeugnisse (Vieh, Milch, Getreide, Holz usw.) zu lösen. Diese Preisproblematik bzw. die Lösung dieses Problems ist dem Einfluß der Bauernschaft weitgehend entzogen. Warum?

Nichtüberschaubare Probleme und Schwierigkeiten

Es dürfte dem bäuerlichen Leser nicht schwerfallen, zu erkennen, daß die Probleme erst dort unlösbar werden (Betriebsmittelpreise, Erzeugerpreise usw.), wo der Bauer keinen Einfluß mehr hat, wo andere Mächte und Kräfte die „Hebel" bedienen. Mit anderen Worten, die Schwierigkeiten beginnen für den Bauern erst in Bereichen, die er außerstande ist zu begreifen, die für ihn nicht mehr überschaubar sind, solange er nicht gelernt hat, die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge mit all den Widersprüchen in unserer kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu erfassen. So hart es auch klingt: es ist die Realität, daß heute noch der überwiegende Teil der österreichischen Bauernschaft nicht nur außerstande ist, die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen, sondern sich auch nicht als Ausgebeuteter in unserer Klassengesellschaft begreift. Die Folgen sind bekannt. Das Nichterkennen der Schuldigen am wirtschaftlichen Ruin, das Nachlaufen hinter falschen „Führern" und „Ratgebern", Ohnmacht, Resignation sind nur einige davon.

Wir wollen aber nicht das Kind mit dem Bad ausschütten. Die Verantwortlichen für die Ohnmacht der Bauern sind all die Bauern„führer", welche auf Grund ihrer Bildung die gesellschaftlichen Zusammenhänge mit all ihren Ausbeutungsmechanismen kennen, soweit sie dazu nicht überhaupt zu dumm sind, aber diese überhaupt nicht der Bauernschaft vermitteln.

S 1,50

Drucksache

VRA ★
Postfach 3, 1205 Wien

„Für die Volksmacht", Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML). Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl; alle: 1200 Wien, Universumstraße 40/2
P.b.b. Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort Wien.

Die falschen Bauern„führer"

Es ist wohl verständlich, daß die wahren Nutznießer der bestehenden Ausbeutungsverhältnisse in unserer Gesellschaft, das Industrie-, Handels-und Finanzkapital privater wie bürokratisch-kapitalistischer Ausrichtung, in-und ausländischer Provenienz, kein Interesse daran haben können, daß die Bauern die wahren Zusammenhänge erkennen. Das wäre nämlich das Ende für die Ausbeuter; denn mit überschaubaren Problemen und Schwierigkeiten sind die Bauern noch immer fertig geworden. Mit allen diesen Herrschaften zu Gebote stehenden Mitteln der „Meinungsmache" werden die wahren Zusammenhänge verschleiert. Den Rest besorgen die Agenten dieser Mächte und Kräfte innerhalb der bäuerlichen Reihen: die falschen Bauern-„führer".

Bewußt oder unbewußt (das spielt keine Rolle) tragen sie bei zur Verschleierung der wahren Sachverhalte in unserem System. Sie verwirren die Bauern und lenken deren aufbrechenden Unmut weg von den wirklichen Feinden. Daß sie Erfolg haben, ist wohl daran zu ersehen, daß es nicht wenige Bauern gibt, welche z. B. im Arbeiter als Konsumenten der von ihnen erzeugten Lebensmittel ihren „Feind" zu erkennen glauben. Die falschen „Führer" wiegeln aufbrechende Kämpfe ab, sie diffamieren fortschrittliche und kämpferische Bauern, die imstande wären, dem Bauernkampf eine korrekte und damit erfolgreiche Richtung zu weisen.

Es gibt Bauernorganisationen, die — mehr oder weniger getarnt — nichts anderes tun, als eine offensichtlich bauernfeindliche Agrarpolitik der Regierung als „bauernfreundlich" zu vermarkten bzw. „an den Bauern zu bringen". Andere tragen mit der Organisierung von „Lehrfahrten" und „Erntedankfesten" dazu bei, die bestehenden Verhältnisse zu verfestigen. Allen gemeinsam ist das Buhlen um Wählerstimmen, welche den „Auserwählten" wohl in den diversen Institutionen Sessel und Pfründe bringen, dem Bauern aber nichts. Die Verhältnisse bleiben, wie sie immer waren.

Was tun?

Es ist nicht wahr, daß wir Bauern nichts tun können, daß wir machtlos sind. Eine der wesentlichsten Voraussetzungen dazu, daß es zu einer Veränderung der bestehenden Verhältnisse kommt, ist ein geistiges Klima des Widerstandes aufzubereiten, des Widerstandes gegen Ausbeutung und soziale Diskriminierung der Bauern. Wir müssen lernen, alle Ereignisse und Erscheinungen, mit denen wir Bauern unablässig konfrontiert werden, in Zusammenhängen zu sehen. Wenn uns die falschen Bauern„führer" zum Beispiel eine Ölmühle als einen großen „Geniestreich" in der österreichischen Agrarpolitik anzudrehen versuchen, so müssen wir dieses Projekt im Zusammenhang mit der beabsichtigten Drosselung von heimischem, tierischem Fett sehen. Denn etwas anderes als Drosselung ist doch die „Milchkontigentierung" nicht, die man uns aufzwingen will, damit zugunsten des Profits einiger Kapitalisten Sojabohnen aus den USA und Sonnenblumenkerne aus Rußland zu hunderttausenden Tonnen eingeführt werden müssen.

Wenn die früher bäuerliche „Selbsthilfeorganisation", der Raiffeisenverband mit all seinen Unterorganisationen, vor überquellendem Reichtum geradezu aus allen Nähten platzt, was man an den vielen Prunkbauten und den astronomisch anmutenden Bonzengehältern der Generaldirektoren ablesen kann, so müssen wir Bauern diese Erscheinung in Zusammenhang bringen mit der zunehmenden Verarmung der Bauern. Es hat nun einmal jedes Ding zwei Seiten. Es gibt Armut, weil es Reichtum gibt. Wo es Ausgebeutete gibt, da gibt es Ausbeuter. Es sind wahrlich der Phantasie des bäuerlichen Lesers keine Grenzen gesetzt bei diesem Finden von Zusammenhängen. Je mehr man findet, desto mehr geht einem der „Knopf" auf, desto besser begreift man, „wie der Hase" in unserem System „läuft".

Daher rufen wir revolutionären Bauern allen denkfähigen Bauern zu: Lernen wir in Zusammenhängen denken! Erkennen wir die Widersprüche, die allen Dingen, Erscheinungen, Entwicklungen innewohnen! So werden wir viel leichter verstehen, was rundherum vorgeht. Wir schaffen uns damit eine der grundlegenden Voraussetzungen, um einen erfolgreichen Kampf gegen Ausbeutung führen zu können. Nieder mit den falschen Bauern„führern"! Hoch die Solidarität aller kämpferischen Bauern! ●



Zum Konflikt zwischen Vietnam und Kambodscha

Die Nachricht über den bewaffneten Konflikt zwischen Vietnam und Kambodscha muß jeden revolutionär gesinnten Menschen mit großer Besorgnis erfüllen. Diese bewaffnete Auseinandersetzung fügt — wie der Außenminister von Laos erklärte — der Solidarität der indochinesischen Völker schweren Schaden zu. Denn diese Auseinandersetzung erschwert die Bemühungen um die Herstellung der Einheit der Dritten Welt in ihrem Kampf gegen die beiden Supermächte. Sie schadet den revolutionären Kräften der ganzen Welt. Den Reaktionären aller Schattierungen freilich gibt sie Gelegenheit zu der schadenfrohen Behauptung, daß Befreiungskämpfe sinnlos seien. Man sehe ja, was dabei herauskomme.

Dennoch wird durch diesen Konflikt das welthistorische Verdienst der indochinesischen Völker nicht geschmälert. Kambodscha, Laos und Vietnam zeigten besonders deutlich, daß auch ein kleines Volk, wenn es einig ist und sich auf seine eigene Kraft stützt, einen mächtigen Gegner besiegen kann. In Indochina erlitt der US-Imperialismus eine Niederlage, wie er sie bisher noch nicht bezogen hatte. Das Beispiel der Völker Indochinas war für viele Völker der Dritten Welt ein Ansporn in ihrem Kampf um die Befreiung vom Imperialismus. Die Völker Indochinas leisteten einen hervorragenden Beitrag für die Herstellung der Einheit der Völker und Länder gegen den Imperialismus, insbesondere gegen die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte.

Die Imperialisten hatten den indochinesischen Völkern ein schweres Erbe hinterlassen. In ihren Kolonialreichen hatten die Imperialisten einst nach ihrer Willkür Grenzen gezogen, um einzelne Stämme, ja ganze Völkerschaften gegeneinander aufzuhetzen. Die so Entzweiten konnten sie dann umso leichter unter ihrer Herrschaft halten. Auch dem kambodschanischen und dem vietnamesischen Volk hinterließ der Imperialismus ungerechte Grenzen als Vermächtnis. Gerade an diesem Vermächtnis setzen nun die russischen Sozialimperialisten an, um den amerikanischen Imperialismus zu beerben.

Die Sozialimperialisten schickten sich sofort nach der endgültigen Niederlage des US-Imperialismus an, die Nachfolge der USA in Südostasien anzutreten. Um Kambodscha brauchten sie allerdings gleich von vornherein nicht zu buhlen, denn Rußland hatte stets eine feindselige Haltung gegen den Befreiungskampf des kambodschanischen Volkes eingenommen. So hatten die Sozialimperialisten bis zum Sturz des Lon-Nol-Regimes eine Botschaft in Phnom Penh unterhalten. Anders verhält es sich mit Vietnam. Diesem Land gegenüber spielen sich die Sozialimperialisten als „Freund" auf, weil sie ihm während des Befreiungskrieges, freilich gezwungenermaßen, einiges Kriegsgerät geliefert hatten.

Die Differenzen zwischen Vietnam und Kambodscha über den Verlauf der gemeinsamen Grenze kamen den Sozialimperialisten gerade zurecht. Nun werfen sie sich als Wahrer der vietnamesischen Interessen in die Brust. Aber in Wirklichkeit geht es ihnen keineswegs um die vietnamesischen Interessen, denn das vietnamesische Volk hat in dem bewaffneten Konflikt mit seinem Nachbarn nichts zu gewinnen. Die Sozialimperialisten schüren den Konflikt, um Vietnam in ihre Abhängigkeit zu bringen.

Die VR China unterstützte alle drei indochinesischen Völker während des Befreiungskampfes gegen den US-Imperialismus. Aber das China von heute ist nicht mehr das China Mao Tsetungs. Der Machtantritt der Revisionisten wirkt sich auch auf die chinesische Außenpolitik aus. Wenn sie sich den Anschein geben, in diesem Konflikt neutral zu sein, so schüren sie tatsächlich von der anderen Seite her das Feuer, um Kambodscha und über Kambodscha ganz Indochina unter ihre Botmäßigkeit zu zwingen.

Diese Haltung der chinesischen Machthaber steht keineswegs einmalig da. Wir erinnern nur daran, daß die chinesischen Revisionisten im Vorjahr anläßlich des bewaffneten Konfliktes zwischen Äthiopien und Somalia eine eindeutige Unterstützungserklärung für Somalia abgegeben haben. Somalia warf zwar die Russen hinaus, andererseits gerät aber dieses Land nun zusehends unter den Einfluß der US-Imperialisten.

Im April 1970 bekräftigten Kambodscha, Vietnam und Laos auf der Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker „ihre Entschlossenheit, die brüderliche Freundschaft und die Beziehungen guter Nachbarschaft zwischen den drei Ländern zu bewahren und zu entwickeln, um sich gegenseitig im Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu unterstützen, wie auch um in Zukunft und auf lange Sicht beim Aufbau eines jeden Landes entsprechend seinem eigenen Weg zusammenzuarbeiten". Ihre Freundschaft und ihre gutnachbarlichen Beziehungen waren eine wichtige Voraussetzung dafür, daß die indochinesischen Völker ihren gemeinsamen Feind besiegen konnten. Freundschaft und gutnachbarliche Beziehungen zwischen den indochinesischen Völkern sind gerade auch heute vonnöten, damit sie ihre gemeinsamen Feinde, die

sich hinter der Maske des Freundes tarnen, abwehren können. Dann kann das große Ziel, das die Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker propagiert hatte, „Indochina wirklich zu einer Zone der Unabhängigkeit und des Friedens zu machen", Realität werden. •

Das Volk kann ja krepieren

Verschwiegen wurde die Gefahr, daß faktisch in vielen Gegenden der Erde – auch in Österreich – den Menschen eine „Mini-Atombombe" auf den Kopf zu fallen drohte. Aus „Angst vor einer Panik" wurde die Meldung über den abstürzenden russischen Spionagesatelliten, der atomgeladen war, erst nach erfolgtem Ereignis gebracht.

Den „hohen Herren" war das natürlich schon bekannt und zweifellos werden sie für sich Sicherheitsvorkehrungen getroffen haben. Auf die hohen Herren in Österreich hat man mit der Vorwarnung allerdings vergessen, weshalb sich diese – zutiefst erschrocken – deswegen auch empört zu Wort meldeten. Wenn Gefahr für die eigene Haut droht, schauen die Dinge eben anders aus, als wenn man irgendeiner Landgemeinde in Österreich tödlichen Atommist andrehen will. •

Druckmittel Arbeitslose

In einem Interview mit der „Bunten" sagte Kreisky: „Bei der Arbeitslosigkeit wollen wir versuchen, unter drei Prozent zu bleiben, ich fürchte nur, daß es ein bisserl mehr wird". Benya äußerte Mitte Jänner gegenüber der „Presse" die gleiche Meinung und kündigte „bis zu 100.000 Arbeitslose" an.

Noch vor einem halben Jahr machten SPÖ- und ÖGB-Führer große Töne über die Erhaltung der Vollbeschäftigung und bürdeten unter dem Vorwand der Erhaltung der Vollbeschäftigung den werktätigen Menschen ungeheure Lasten auf. Heute reden sie anders. Es wird deutlich, daß ein jeder, der das System der Profitwirtschaft bejaht, auch zu den unweigerlichen Folgen dieser Gesellschaftsordnung – Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit – „ja" sagen muß. Und die SP-Führer sagen es ganz bewußt, denn sie sind ihrem Wesen nach selbst bürokratische Kapitalisten, beamtete Sachwalter des Kapitals. Diesem Wesen entsprechend haben auch schon früher namhafte SP-Spitzenfunktionäre, etwa der verstorbene Karl Ausch, für eine „gewisse Arbeitslosenzahl" plädiert, die als industrielle Reservearmee für das Kapital die Rolle eines Lohndrückers spielen soll. •

Damit man sich daran gewöhnt

Schätzungen von „Fachleuten" zufolge werden rund 2.000 der insgesamt 14.000 Beschäftigten in der österreichischen Papierindustrie in naher Zukunft arbeitslos. Die Welser Papierfabrik dürfte am 31. März 1978 endgültig schließen, in anderen Betrieben sind Frühpensionierungen nach dem neuen „Sonderunterstützungsgesetz" geplant.

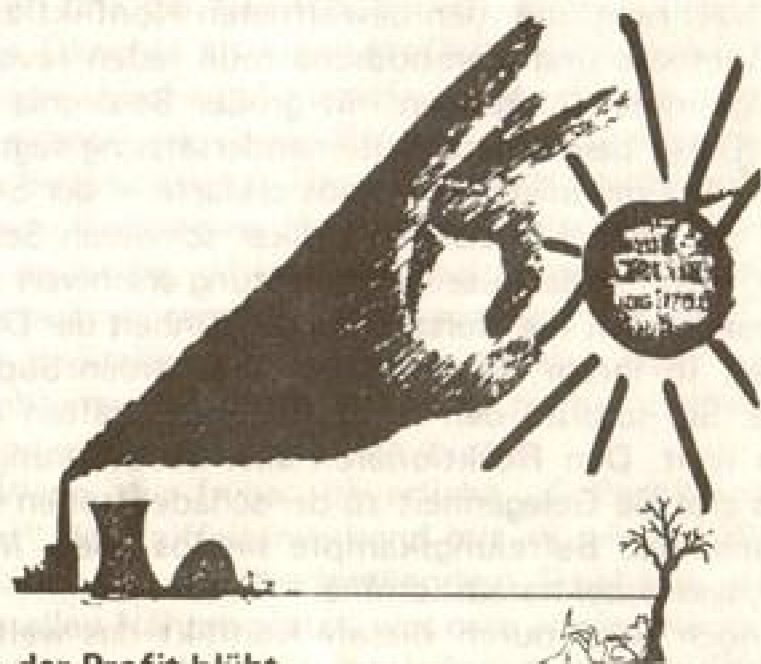
Nach der „Schulungsfreistellung" bei der Vöest-Alpine und der unbezahlten Beurlaubung auf zehn Tage für die Arbeiter der Edelstahlindustrie also neuerliche Ankündigungen über „Schwierigkeiten in der Wirtschaft". Damit man sich an so eine Situation „gewöhnt" und schön brav kuscht, wenn es um Lohnforderungen oder andere Arbeiterinteressen geht, wird jetzt fleißig drauflosgeschätzt. Man sollte diesen Herrschaften zeigen, daß sie sich verschätzen – in der Arbeiterschaft nämlich. Schmeißen wir doch dieses System über Bord, das im Endeffekt den arbeitenden Menschen nur Krise und Krieg zu bringen vermag. •

Ein Machtwort Benyas

Die Industriekapitäne wollen die rasche Inbetriebnahme Zwentendorfs und den Baubeginn des zweiten Atomkraftwerkes in St. Pantaleon. Da steckt ja ein Riesenprofit drin. Es gibt aber erstens viele Leute in Österreich, die dagegen sind, und zweitens pflegt man hierzulande auch immer das Wahltheater. Deshalb würden manche ÖVP-Kreise die Unzufriedenheit der Bevölkerung über Zwentendorf liebend gerne in Wahlpropaganda ummünzen, obwohl natürlich auch die ÖVP für die Inbetriebnahme Zwentendorfs ist.

Die SP-Führung ist natürlich nicht geneigt, für billige und erfolgreiche ÖVP-Propaganda zu sorgen. Sie hat ja das warnende Beispiel aus Schweden vor Augen, wo wegen der Atomkraftwerke der SP die Mehrheit verlorenging. Deshalb fordert sie also einen Parlamentsbeschluß – wo sich die Einstimmigkeit herausstellen würde – und: „keine Wahlpropaganda mit dem Thema Zwentendorf".

Und so hat nun einer der „starken Männer" Österreichs – ÖGB-Boß Benya – auf den Tisch gehaut und eine Beendigung des Eiertanzes um Zwentendorf gefordert. Mit dem Ergebnis, daß prompt Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer jene ÖVP-Führer kritisierten, die aus den Gegnern von Atomkraftwerken ÖVP-Stimmvieh machen wollen. Womit sich wieder einmal zeigt, wie sich die Herren einig sind, wenn es um Profit und gegen die Interessen der werktätigen Bevölkerung geht. •



Wo der Profit blüht

An die fünf Milliarden Schilling machten in den letzten Jahren die Geschäfte aus, welche österreichische Kapitalisten beim Bau von Atomkraftwerken im Ausland durchführten. Das ging kürzlich aus Meldungen darüber in den Zeitungen hervor. Ein ähnlicher Schnitt wird auch in Zwentendorf „drinnen" gewesen sein. Das zeigt klar, wer vor allem am Bau von Kernkraftwerken interessiert ist: Die Kapitalisten. Und warum sie das sind ebenfalls: Wegen dem herauszuschlagenden Profit, wegen gigantischem Profit. •

Jetzt können wir besser den Strom ins Ausland liefern

Um die internationalen Lieferverträge besser erfüllen zu können, wurde nun in Westösterreich eine neue Anlage in Betrieb genommen. In der Meldung darüber hieß es: „. . . auch Strom aus Zwentendorf kann über diese Anlage ins Ausland geliefert werden." Wir haben also die radioaktiven Gefahren in Österreich und die Ausländer – billig – unseren Strom. Wie bezeichnen die Politiker gerne das, was sie tun? „Politik im Dienste der Bevölkerung". Angesichts solcher Tatsachen müßte man als arbeitender Mensch aber mehr tun, als nur darüber zu lachen. •



Atomstrom – eine saubere Sache?

Was die ÖGB-Oberen unter „Demokratie" verstehen und wie sie „gewerkschaftliche Meinungsbildung" praktizieren, darüber erteilten sie den Mitgliedern und allen arbeitenden Menschen anläßlich der Ereignisse um Zwentendorf eine besonders kaltschnäuzige, aber lehrreiche Lektion. Kurz zur Erinnerung: Der Bau des Kernkraftwerkes Zwentendorf wird begonnen – mit dem üblichen sozialpartnerschaftlichen und regierungsamtlichen Segen, aber natürlich ohne Information der Bevölkerung und ohne Skrupel um die Sicherheit und Gesundheit derselben. Doch die österreichische Bevölkerung beginnt dagegen aufzumucken, ohne die verantwortlichen „Herren" um Erlaubnis zu fragen. Der aufkeimende Widerstand gegen Zwentendorf scheint „kein Problem" für die Herren an der Macht zu sein. Nun veranstalten sie „demokratische" Informationsshows und ÖGB-Boß Benya macht persönlich einen Ausflug nach Zwentendorf. Auf den ersten, durch keinerlei Strahlung getrübten Blick sieht er: das Kernkraftwerk ist völlig ungefährlich. Daraus zieht er den unbestechlich-nüchternen Schluß, bei den Kernkraftgegnern könne es sich nur um Hysteriker und sonstige Querulanten handeln. Denn offenbar nur Leute solchen Schlages können gegen ein so wohlüberlegtes gigantisches Profitgeschäft sein.

Da aber die Unruhe sich trotz der „starken Argumente" Benyas nicht legt, sondern ausweitet und selbst innerhalb des Gewerkschaftsbundes unter schwierigen Bedingungen ein entschlossener Widerstand gegen die Kernkraftpolitik der Führung organisiert wird, scheint dem ÖGB-Vorstand ein rascher, durchschlagender Beschluß unumgänglich. Er spricht – am 9. 11. 1977 – ein unerschrockenes Ja zu Zwentendorf. Die Sicherheitsfragen sind für den ÖGB-Vorstand schon so belanglos, daß sie kaum noch erwähnt werden. Lediglich die „Entsorgung" – wohin mit dem Atommüll? – bereitet noch kleinere Sorgen, die aber die Gewerkschaftsmitglieder getrost ihren an größere Sorgen gewohnten Führern überlassen sollen. (Womit sie wieder einmal verlassen wären.)

Verhöhnung der Gewerkschaftsmitglieder

Damit schließlich die Gewerkschaftmitglieder auch wissen, wofür sie sind und warum, erzählt ihnen die „Solidarität" (die Hauspostille des ÖGB) im nachhinein, wie „schwierig der Meinungsbildungsprozeß innerhalb des ÖGB" gewesen sei. Das ist ein Hohn sondergleichen! Denn jetzt erst – nachdem sich Benya und Co. schon in aller Öffentlichkeit festgelegt haben, jetzt wird „Demokratie" gespielt und fordert die „Solidarität" ihre Leser auf, „jetzt das Problem mit größtem Wissen zu übersehen, mit allem Pro und Kontra"! Das ist ein Hohn, denn für die Führer ist die Entscheidung ja schon gefallen. Das bedeutet, daß in einer so wichtigen Materie die Mitglieder nicht zu Wort gekommen sind – an und für sich ist ihre einzige und alleinige Pflicht als Mitglied ohnehin nur, den Mitgliedsbeitrag zu zahlen –, sondern wieder einmal vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollen. Die Aufforderung, jetzt noch „alles zu überdenken", ist nichts als Verhöhnung.

Verschweigen ist Gold

Mit welchen „Argumenten" will nun die „Solidarität" ihre Leser zum Schweigen bringen? In erster Linie will sie verschweigen, daß es bereits eine Gruppe von Gewerkschaftern gibt, die den Widerstand gegen Atomkraftwerke organisiert. Mit ehrlichen, richtigen, die Interessen der arbeitenden Menschen vertretenden Argumenten. Kein Wort also in der „Solidarität" von deren Aufruf. Auch ist keine Rede davon, daß diese Gewerkschafter Präsident Benya aufgefordert haben, über Atomkraftwerke eine öffentliche Diskussion mit ihnen durchzuführen. Diese Haltung zu selbständigen Aktivitäten von Gewerkschaftsmitgliedern und Betriebsräten beweist nicht nur den Argumentationsnotstand dieser selbstherrlichen Clique, sondern erhellt einmal mehr, welcher Natur diese obersten „Arbeiterführer" wirklich sind, wenn es um die wahren Interessen der arbeitenden Bevölkerung geht.

Panikmache

Gleich zu Beginn unterstellt das ÖGB-Blatt mit einer unglaublichen Dreistigkeit den Kernkraftgegnern als Motiv ihrer Ablehnung eine irrationale Angst vor der Unheimlichkeit dieser „modernen" Energie, gleich der Angst von Kindern vor buckligen Männchen, dem Sandmann und ähnlichen Figuren. So eine Angstfigur spielt die „Solidarität" aber gleich darauf selbst: ohne Zustimmung zu Zwentendorf würden wir in ein paar Jahrzehnten mit dem Kienspan in der Hand zähneklappernd zwischen allen jenen Ländern sitzen, die mit Atomstrom arbeiten. Als hochverschuldete Bettler „vor den Toren jener, die Energie zu verkaufen haben . . ." ➡



„Wir haben keine Nebenwirkungen entdeckt, verehrte Kollegen, außer auf unseren Konten, und die waren positiv!"

ICH INVESTIERE IMMER DORT ...
WO ANDERE DAS RISIKO TRAGEN

Verharmlosung

Als Fortsetzung dieser „sachlich-fundierten" Argumentationsweise scheinen die „Solidarität"schreiber überhaupt nichts Sichereres und Umweltfreundlicheres zu kennen als Atomkraftwerke; selbst der Atomist, in „alle Ewigkeit verpackt" und mit gewerkschaftlichem Segen eingegraben, brauche niemanden zu beunruhigen. Da werden dann also die vielen schon bekannten Unfälle im Zusammenhang mit Atomkraftwerken ebenso verschwiegen wie die seismologischen Gutachten, die Zwentendorf und das Waldviertel überhaupt in einer Erdbebenzone ausweisen. Keine Rede von der notgedrungenen Stillegung eines Reaktors vom Zwentendorf-Typ in Westdeutschland und von anderen Unfällen bei der „friedlichen Nutzung" der Atomenergie. Schließlich wird nur noch mit eiskalter Logik zu den vorhergegangenen Sicherheitsbeteuerungen festgestellt, daß „Kernkraftwerke und atomare Strategien eben Risiken seien, mit denen wir leben müßten".

Retter vor Arbeitslosigkeit

Das immer wieder strapazierte „Argument" der ÖGB-Führung im Verein mit der Wirtschaftskammer und der Regierung, die Atomkraft würde die Arbeitsplätze sichern bzw. neue schaffen, wird auch in der Solidarität erneut aufgetischt. Natürlich vermeidet es hier das Benya-Sprachrohr, auf den bekannten Umstand einzugehen, daß noch so viele gebaute Atomkraftwerke in den westeuropäischen Ländern das Arbeitslosenheer von 17 Millionen keineswegs beseitigt oder auch nur verringert haben. Denn längst hat sich die Atomenergie in der ihr zugedachten Rolle als „Messias" in der Energiekrise bzw. der gesamten Krise des Kapitalismus als jämmerlicher Versager herausgestellt. Im Gegenteil, gerade auch die „friedliche" Nutzung der Atomenergie zeigt, daß dieses menschenfeindliche Profitsystem immer gefährlichere und tödlichere Mittel benötigt, um sich am Leben zu erhalten, den arbeitenden Menschen aber nur Zerstörung ihrer Arbeitskraft, ihrer Lebensbedingungen, ihres Lebens überhaupt sowie Krieg, Polizeistaat bzw. Faschismus als Ausweg anzubieten hat.

Um die Werktätigen für eine solche Zukunft gefügig zu machen, betreiben die Machthaber dieses tödlichen Systems, zu denen auch die ÖGB-Spitzen gehören, das schmierige Geschäft mit der Angst; mit der Angst vor einer ohne Atomstrom angeblich licht- und wärmelosen Zeit des technischen Still- und Rückstandes, der Arbeitslosigkeit und der Not. Mit dem Atomstrom als Ausweg glauben sie, sich Erforschung und Nutzung von alternativen menschen- und umweltfreundlichen Energiequellen ersparen zu können und die Massen vom Kampf um einen gesellschaftspolitischen Ausweg abzuhalten. Um die Kernkraftwerke schmackhafter zu machen, streichen die Auftragschreiber der „Solidarität" plötzlich die herkömmlichen Kraftwerke als „gefährlich", „unfallsanfällig" und „umweltschädlich" hervor. Wie glaubwürdig sind aber solche Leute, die jahrzehntelang offenbar nichts Wirksames dagegen zu unternehmen vermochten (bzw. versuchten), dafür aber umso eifriger betonen, wie sehr sie uns gegen alle Gefahren der Atomkraftwerke zu schützen vorhaben.

Machen wir nichts gegen todbringende Epidemien?

Als ihrer Meinung nach „erdrückendstes Argument" führen die Gewerkschaftsbosse auch an, andere Länder in Ost und West würden auch Atomkraftwerke bauen. Mit dem Hinweis auf die drohende Gefahr des technischen Abseits und der energiepolitischen Abhängigkeit wollen sie dieses „Argument" noch stichhältiger machen. Das ist ausgesprochen lächerlich. Denn abgesehen davon, daß solche „internationalistische" Begründungen auch die weltweite Verbreitung von Epidemien rechtfertigen würden, machen besonders die Kernkraftwerke unser Land schon von Anfang an auch energiepolitisch noch abhängiger, speziell von den USA und von Rußland. Gerade jetzt erst ist im Zusammenhang mit der Anlieferung der Brennstäbe nach Zwentendorf von den höchsten Stellen immer wieder darauf hingewiesen worden, daß wir gar nicht könnten, wie wir vielleicht wollten. Die Regierung fällt damit auch dem bisher erfolgreichen Kampf der Vorarlberger Bevölkerung gegen das schweizerische AKW Rüthi in den Rücken; und sie hat trotz ursprünglicher Einwände bereits widerstandslos den geplanten Bau von tschechischen Kernkraftwerken an der österreichischen Grenze hingenommen (anläßlich des Besuchs von Ministerpräsident Strougal in Wien) und nimmt damit die Bedrohung der Bevölkerung auch in diesem Gebiet in Kauf.

Durch Kampf zu Erfolgen

Wie die Atomprofitmacher und ihre bezahlten Helfershelfer ist aber auch der Widerstand der Bevölkerung international. Seine Kraft nimmt zu und er hat bereits bedeutsame Erfolge erzielt. Nicht nur in Westdeutschland, sondern noch viel mehr in der Schweiz und in Holland, wo sich die sozialistischen Parteien zusammen mit wichtigen Teilen der Gewerkschaft der Forderung nach dem Baustopp aller bzw. nach Stillegung der in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke angeschlossen haben. Ebenso wurden in Norwegen, Dänemark, Frankreich und England Baubewilligungen verschoben oder Moratorien durchgesetzt.

Während andere europäische Länder auf Grund des Protests von der Atomenergie bereits abrücken, wollen bei uns die Verantwortlichen im Bund mit den Energiemultis skrupellos ihre Pläne durchdrücken, ohne aus den Fehlern zu lernen und die Verspätung diesmal ins Gute zu wenden.

Mit Demokratie-Schwindel Jagd auf ehrliche Menschen

Zuletzt diffamieren die Scheindemokraten in der ÖGB-Spitze die Kernkraftgegner als Leute, die doch nur die „Zerstörung der Demokratie" im Auge hätten. Es werden also die gleichen Beschuldigungen hervorgeholt wie die des Ballhausherren und der berüchtigten Hetzjournaille auf der Jagd nach unliebsamen, weil unbotmäßigen Gegnern einer rücksichtslosen Politik im Interesse einer einheimischen und internationalen Profitmafia. Diese Herrschaften wollen sich natürlich ihre „Demokratie" wenn nötig mit der Polizei bzw. einem Polizeistaat schützen lassen, zu dessen Ausbau die Bevölkerung auch noch erhöhte Steuern und Tarife zahlen soll.

Unwissenheit ist der härteste Feind der Demokratie, verkündet mit erhobenem Zeigefinger die „Solidarität". Ja, die Unwissenheit über die Natur der ÖGB-Führung und ihrer Politik ist wahrlich ein gefährlicher Gegner der arbeitenden Bevölkerung in ihrem schweren Kampf gegen ein todbringendes System und für ihre Demokratie, die Macht des Volkes. •

Leserbriefe

Der Kapitalismus ist gewalttätig!

Vor kurzem habe ich im Fernsehen einen Bericht über die traurige Lage der Körperbehinderten in Österreich gesehen. Da wurde unter anderem gesagt, daß es bei uns 350.000 Bewegungsbehinderte gibt. Wenn man weiß, daß im Jahr in Österreich über 200.000 Arbeitsunfälle passieren, dann kann man sich vorstellen, wieviele von diesen Leuten in den Fabriken und Betrieben kaputtgemacht wurden.

Da ist mir eingefallen, daß es doch heute bei den Herrschenden in Österreich und bei ihren Zeitungsschreibern und Propagandatrommlern sehr beliebt ist, sich gegen die Gewalt auszusprechen. Kaum klingt eine Äußerung oder eine Forderung ein bißchen radikaler als man es gewohnt ist, kommt schon der drohende Zeigefinger: „Aber das ist doch Gewalt, das wollen wir doch nicht, das muß man friedlich und mit Verhandlungen lösen". Und wenn die Rede gar auf Sozialismus und Umgestaltung der Gesellschaft kommt, haben die Meinungsmacher nur mehr Abscheu übrig: „Nackte, brutale Gewalt, die vielen Toten, das ganze Elend . . ."

Sind die Arbeitermassen und die übrigen Werktätigen „Gewalttätige"? Natürlich nicht. Sie waren immer und sind auch heute noch die konsequentesten Gegner der Gewalt, des Terrors, des Krieges. Aber gerade deswegen sind sie zuerst und vor allem gegen die Gewalt, die unsere Gesellschaftsordnung jeden Tag auf die arbeitenden Menschen losläßt. Gegen die Gewalttätigkeit eines Systems, das schon normalerweise jeden Tag Tausende zum Leben als Kranker oder Krüppel bis zum Tode verurteilt; ganz zu schweigen von den Kriegen, die dieses System periodisch hervorruft. Ein solcher Krieg, in dem Millionen für den Profit verbluten sollen, droht uns heute ja schon wieder. Diese Gewalt kommt aus der Existenz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und hört nicht auf, solange die Profitmacherei nicht aufhört. Deshalb müssen wir — wir alle, die gegen die Gewalt sind — einmal mit diesem System Schluß machen.

R. K., Wien •

Alte Menschen sind für dieses System unnötig

Es ist erschreckend, daß sehr viele ältere Menschen keinen Sinn mehr im Leben finden können und Selbstmord begehen. Österreich ist eines der Länder mit den größten Selbstmordraten. Weit mehr als die Hälfte aller Selbstmörder sind in der BRD und auch bei uns über 40 Jahre alt. Warum, so frage ich mich, sind gerade die älteren Menschen so verzweifelt? Die Antwort, die in einer medizinischen Zeitschrift gegeben wurde, empfinde ich als reinen Hohn: „Psychische Defekte", „Willensschwäche" und „Selbstunsicherheit" sagt die Wissenschaft, wenn die alten Leute mit ihren Problemen nicht fertig werden.

Ich habe selber eine Mutter, die gerade pensioniert worden ist. Sie ist geschieden, und wir Kinder sind alle aus dem Haus. Die Einsamkeit ist oft fast unerträglich für sie. Sie hat ihr Leben lang gearbeitet. Jetzt lassen ihre Arbeitskräfte nach, und nun braucht sie keiner mehr, obwohl es ihr noch Spaß machen würde, ein paar Stunden in der Woche zu arbeiten. Aber bei einem Gesellschaftssystem, wo jeder gegen jeden kämpft, um zu überleben, anstatt gemeinsam zu kämpfen, ist es klar, daß dabei die Schwächeren unterliegen. Dazu gehören auch die älteren Leute.

Wer alt ist, der kann mit vielen Unfreundlichkeiten rechnen. Am meisten fürchtet sich meine Mutter, daß sie sich mal nicht mehr allein versorgen könnte und dann ins Altersheim gehen müßte. Was einen dort erwartet, weiß eh ein jeder.

Ich versuche, meine Mutter so viel wie möglich an meinem Leben teilhaben zu lassen. Sie braucht die Anregung und Auseinandersetzung mit uns, damit sie an den Kämpfen, die wir heute führen, und den Erfahrungen, die wir daraus sammeln, auch noch teilnehmen kann. Auf der anderen Seite kann ich von ihren Erfahrungen lernen, die ich einfach noch nicht machen konnte. Zum Beispiel hat sie als alte Sozialistin den Hitlerfaschismus miterlebt. Daraus Folgerungen zu ziehen, ist gerade heute für uns Junge wichtig. So haben wir, glaube ich, schon viel voneinander lernen können.

Ich finde, es ist unheimlich wichtig, sich über die Probleme der alten Leute Gedanken zu machen und deren Rechte zu verteidigen. Aber nicht so wie die Wissenschafter es tun, deren letzter Schluß der ist, daß die alten Leute „selber schuld" seien. Denn schließlich werden wir alle einmal alt. Und ich möchte das Recht haben, auch dann noch als vollwertiger Mensch am Leben teilzunehmen.

A. A., Salzburg •

FRAUENLOHN

„Hier bin ich, Herr Vorsitzender!"

Frauenlohngruppen abgeschafft?

In „Glück auf", der Zeitschrift der Metallarbeitergewerkschaft, heißt es in der Februar-Nummer unter anderem: „In Österreich ist es schon 1962 ... nach jahrelangem Ringen unter dem damaligen Vorsitzenden unserer Gewerkschaft, Benya, gelungen, die Frauenlohngruppen zu beseitigen". Und weiter: „Daß es auch anders geht, beweisen jene Betriebe, in denen Frauen gerecht eingestuft werden".

Voriges Jahr suchte ich als Arbeitsinvalider und ehemaliger Hilfsarbeiter beim zuständigen Arbeitsamt eine sitzende Tätigkeit, auch Fließbandarbeit. Der Referent und Berufsberater offerierte mir — nach seinen Worten — ein paar gute soziale Firmen (Philips, Siemens u. a.). Schon nach dem ersten Telefonat wurde sein Gesicht lang! Insgesamt erhielt er überall negativen Bescheid.

Nach dem Grund der Ablehnungen von mir befragt sagte er:

ersten, man könne mich wegen der sanitären Einrichtungen nicht nehmen;

zweitens, würde meine Einstellung Unruhe unter den Frauen hervorrufen;

drittens müßte ich mit höherem Lohn eingestellt werden.

Offensichtlich sind die Frauenlohngruppen doch nicht abgeschafft, sonst könnte es ja so eine Antwort nicht geben. Für mich einmal mehr ein Beweis, nicht den Gewerkschaftsführern zu vertrauen, sondern gemeinsam für und mit den Frauen um höheren Lohn kämpfen!

Jy., Wien •